

Ermländische Zeitung.

Mit den Wochenbeilagen:

St. Adalbertsblatt und Ratgeber für Landwirtschaft u.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Vierteljahrspreis: in unserer Expedition Mk. 1,30, hiesigen Abnehmern ins Haus geschickt Mk. 1,70, auf den Reichspostanstalten am Schalter Mk. 1,50, durch Postboten ins Haus gebracht Mk. 1,92.

Anzeigen werden bis 9 Uhr vormittags am Tage vor der Ausgabe erbeten. — Preis für die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Pfennige. Belegemplare, falls erwünscht, das Stück 10 Pfennige. Adresse für Telegramme: Ermländische Zeitung, Braunsberg. Telefon Nr. 47.

Bestellungen

auf die „Ermländische Zeitung“ für Juli—August—September können jeden Tag gemacht werden. Mit dem Bezuge der Zeitung kann jeden Tag begonnen werden.

Bisher erschienene Nummern werden anentgeltlich nachgeliefert.

Hierzu zweites Blatt.

Frankreich und der Dreibund.

Eine eigentümliche Stellung im Gruppenbild der europäischen Mächte nimmt jetzt Italien ein. Es gehört dem Dreibund an und steht zugleich mit Frankreich in einem besonderen Freundschaftsverhältnisse, bildet also ein Zwischenglied, eine Brücke vom Dreibund zum Zweibund. Ferner steht Italien mit England schon seit langer Zeit in einem gewissen Bündnisse zum Schutze der gemeinsamen Mittelmeerinteressen und stellt also auch eine gewisse Verbindung zwischen dem Dreibunde und England her. Italien wird viel mehr umworben, als seiner Größe oder Wichtigkeit entspricht; überhaupt hat ja Italien in neuerer Zeit mehr Glück gehabt, als es verdiente, d. h. in der hohen Politik; die inneren Zustände des Landes sind ja bekanntlich miserabel genug.

In der französischen Deputiertenkammer ist die Zwitterstellung Italiens zur Sprache gekommen, als der dortige Minister des Auswärtigen über die Erneuerung des Dreibundes angefragt wurde. Die Sache ist für uns besonders deshalb interessant, weil Frankreich auf dem Umwege über Italien zur förmlichen Feststellung und Anerkennung des friedlichen Charakters des Dreibundes gekommen ist. Herr Delcassé hat die Sache recht gründlich betrieben und bei der Ankündigung der Erneuerung des Dreibundes den angefreundeten Nachbar Italien regelrecht zur Rede gestellt. Die italienische Regierung hat auch — zweifellos im Einverständnis mit den anderen Dreibundmächten recht deutlich „die Lage aufgeklärt und präzisiert“. Frankreich hat aus den italienischen Erklärungen, wie Delcassé sagt, „die Gewissheit erlangt, daß die Politik Italiens infolge seiner Bündnisse weder direkt noch indirekt gegen Frankreich gerichtet sei.“ Das umfaßt schon alles Wunschswerte; aber Herr Delcassé hat sich die Sache noch gründlicher „präzisieren“ lassen. Die italienische Politik bedeute in keinem Falle eine Drohung für Frankreich weder in diplomatischer Form noch auch durch die internationalen Protokolle oder militärischen Stipulationen, und Italien könne in keinem Falle und in keiner Form das Werkzeug oder der Gehilfe eines Angriffs gegen Frankreich werden. — Man merkt erdentlich, wie das alte Mißtrauen gegen Deutschland und den Dreibund sich gar nicht genug thun konnte in der Nachforschung nach allen Einzelheiten, um ja nicht eine Hinterthür oder gar einen Hinterhalt unbemerkt passieren zu lassen. Von der anderen Seite hat man sich offenbar ein Vergnügen daraus gemacht, der französischen Untersuchung alle gewünschten Aufklärungen und Versicherungen in vollstem Maße zukommen zu lassen, um endlich dem französischen Aberglauben von der Angrißlust des Dreibundes das Wasser abzugraben.

Der „Wig“ liegt nämlich in der Thatsache, daß der Dreibundvertrag ohne jede Veränderung erneuert worden ist. Also was jetzt förmlich und feierlich über das Wesen und die Zwecke des Dreibundes festgestellt worden ist, das war vor 20 Jahren auch schon Thatsache und wäre auch damals schon zu erfahren gewesen, wenn Frankreich nur schon frühzeitiger die Wahrheit hätte hören wollen und verstehen können. Wenn Frankreich jetzt anerkennt, daß der unverändert fortdauernde Dreibundvertrag weder direkt noch indirekt Frankreich bedroht, so muß es auch zugestehen, daß es bisher von einem Geheim ohne Fleisch und Bein sich hat schrecken und von den Ausbeutern des alten grundlosen Mißtrauens gegen Deutschland hat irreführen lassen.

Die Gefundung der öffentlichen Meinung in Frankreich gegenüber der Politik Deutschlands und des Dreibundes geht natürlich langsam vor sich, aber sie schreitet doch stetig fort. Ferry konnte in den vier Jahren durch die Regierung der nationalen Boreingewinntheit gegen Deutschland noch gestützt werden. Delcassé kann schon seine Ermittlungen über die friedliche Natur des Dreibundes ungehindert mitteilen. Als der Führer der gemäßigten Sozialisten, der Abg. Jaurès, neulich auf der Tribüne das Zusammengehen mit Deutschland empfahl, trieb er freilich Zukunftsmusik, die der Entwicklung der Volksseele noch vorgriff. Die Thatsachen, die Herr Delcassé in wirksamer Form den Franzosen serviert hat, müssen erwidert werden, damit allmählich eine Klärung und Beruhigung der Gemüter eintrete. Obgleich wir somit nicht für Italien schwärmen, gefällt uns doch die Wirksamkeit Italiens als eines Gehilfen zur Belehrung der französischen

Gemüter recht wohl. Möge sich das gegenseitige Verständnis der Völker weiter entwickeln!

Deutsches Reich.

Die Meldung einer ominösen Wiener Korrespondenz, daß der neue Bischof von Metz, Benzler, der Kandidat des Kaisers für den durch den Tod Dr. Simars erledigten erzbischöflichen Stuhl von Köln sei, wird dem „Berl. Lok.-Anz.“ als unbegründet bezeichnet.

Cronberg, 3. Juli. Die Kronprinzessin von Griechenland ist heute nachmittags auf Schloß Friedrichshof eingetroffen.

Der Reichskanzler Graf Bälow wird nach einer Blättermeldung in der nächsten Woche zum Badeaufenthalte in Nordsee eintreffen.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag die Zustimmung erteilt einer Verordnung über die weitere Inkraftsetzung des Gesetzes betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900 und den Ausschlußverträgen 1. zu dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betr. die Rechtsverhältnisse der Dienstboten (Gesindeordnung), 2. zu dem Entwurf einer Befähigung wegen wechselseitiger Benachrichtigung der Militär- und Polizeibehörden über das Auftreten übertragbarer Krankheiten, 3. zu dem Antrag Baierns wegen Einführung des Communalverkehrszeichens als Vorbedingung des tierärztlichen Studiums, 4. zu dem Entwurf einer Anweisung zur Bekämpfung der Pest.

Berlin, 4. Juli. In der Zolltarifkommission warnte heute der Staatssekretär Graf Posadowsky dringend vor weiteren wesentlichen Veränderungen an der Regierungsvorlage. Er führte inbezug auf Forderungen der Sozialdemokraten aus: „Der Zolltarif sei die opinio publica sämtlicher deutschen Regierungen und das Ergebnis jahrelanger Arbeit dar. Wir haben unsere Schuldigkeit getan und warnen ebenso vor Ueberspannung des Schutzes wie vor Zerstückelung des Zollinstruments, dessen wir bedürfen, um Deutschlands industrielle Stellung zu wahren.“ Denen, die das Zustandekommen des Zolltarifs hinterziehen wollen, bemerkte er, daß die Lage viel ernster sei, als sie sich denken. Die verbündeten Regierungen trieben nicht Kleinigkeitstramerei, sondern ließen große Gesichtswunkte walten. Diese Warnung werde er nicht wiederholen. — Die Warnung des Ministers wird voraussichtlich bei den Sozialdemokraten nicht viel fruchten, denn heute bringt der „Vorw.“ einen Artikel, in welchem er über die „Strangulationsversuche“ innerhalb der Zolltarifkommission klagt. Unter diesen Strangulationsversuchen hat man die Abneigung der Kommission zu verstehen, sich durch die auf Obstruktion abzielende Meddeligkeit der Sozialdemokraten vergewaltigen zu lassen. Es muß dringend gewünscht werden, daß die Kommission in einem flotteren Tempo sich ihrer Aufgabe unterzieht.

Rom Rhein, 3. Juli. Mit der Versammlung der Katholiken Deutschlands in Mannheim wird ein eucharistischer Kongress verbunden werden. Für die Abhaltung desselben ist der 26. August in Aussicht genommen.

Aus Jerusalem vom 3. d. Mts. meldet das W. T. B.: „Die deutschen und italienischen Franziskaner mönche, welche am 4. November vorigen Jahres Gegenstand eines Angriffes griechisch-orthodoxer Mönche und Laien gewesen waren, hatten unter Mitwirkung des deutschen und italienischen Konsulats gegen ihre Angreifer einen Strafakt gefordert. Anstatt diesem Antrage Folge zu geben, hatte das Kriminalgericht von Jerusalem die Franziskaner selbst in Anklagezustand versetzt. Infolge der von der deutschen Botschaft in Konstantinopel unternommenen Schritte hob der hiesige Gouverneur auf Befehl der Porte das Urteil gegen die deutschen Franziskaner auf.“ Es ist sehr erfreulich, daß der deutsche Protest eine so schnelle Aufhebung herbeigeführt hat.

Karlsruhe, 4. Juli. Die badische Kammer nahm einen Antrag der Verfassungskommission an, welcher einen Gesetzesentwurf in Vorrichtung bringt, für die Zweite Kammer an Stelle des indirekten Wahlverfahrens das direkte zu setzen und an Stelle der halben Erneuerung der Kammer eine alle vier Jahre eintretende Gesamterneuerung derselben treten zu lassen. Der Staatsminister Brauer erklärte, daß die Regierung nicht mehr unbedingt an dem indirekten Wahlrecht festhalte. Die Regierung werde dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen, der unter gewissen Voraussetzungen das direkte Wahlrecht bringe, mit dem auch eine Reorganisation der Ersten Kammer verbunden werden soll.

Zum Studium der amerikanischen Post- und Telegrapheneinrichtungen werden sich demnächst drei Beamte der Reichspostverwaltung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika begeben. Vornehmlich sollen sie prüfen, inwiefern etwa neue Systeme von Telegraphen- und Fernschreibapparaten, von Hochpostanlagen und Briefstempelmaschinen der amerikanischen Verwaltung sich zur Uebernahme in deutsche Verhältnisse eignen. Namentlich von Stenvel-

maschinen macht Amerika in ungleich größerem Umfange Gebrauch als wir, die wir uns mit der Aufstellung solcher Maschinen auf die Postämter einiger Großstädte beschränkt haben. Die Hochpostbeförderung erstreckt sich in Deutschland nur auf einzelne Briefe, Postkarten und Telegramme, während man in Amerika auch Versuche mit einer Hochpost gemacht hat, die den Austausch von ganzen Briefposten und Paketen zwischen den Stadtverwaltungen vermittelt.

Herr Lewy von Halle. Die „Rheinische Volksstimme“ meint zu der Entsendung des Professors Lewy von Halle nach Posen:

Der bekannte Professor hat bekanntlich vor einiger Zeit seinen irdischen Namen mit Erlaubnis der Regierung abgelegt und den Namen „von Halle“ angenommen. Er ist insofern zu dem Amte geeigneter, als er, soviel wir wissen, von einem eingewanderten polnischen Juden abstammt.

Selbst die „Artf. Jtg.“ hält sich über diese Mission auf und fragt, was denn der Herr Professor in drei Monaten in Posen entdecken solle, wo doch ein großer amtlicher Apparat seit Jahrzehnten die Aufzucht bearbeitet und alle darauf bezüglichen Verhältnisse studiere.

Deutsche Kriegsgefangene aus dem Boererkriege. Wie die „Nordd. Allg. Jtg.“ schreibt, hat die englische Regierung die zuständigen Kolonialbehörden angewiesen, den kaiserlichen Konsuln in Colombo, St. Helena, Hamilton (Bermuda) und Bombay diejenigen deutschen Kriegsgefangenen, welche auf eigene Kosten heimzukehren wünschen, zur Verfügung zu stellen. Die Konsuln haben den Auftrag erhalten, diesen Gefangenen thunlichst beihilflich zu sein. Nach den vorliegenden Nachrichten befinden sich in den Gefangenenlagern auf Ceylon 110, auf St. Helena 72, auf den Bermudas-Inseln 23 und in der Umgegend von Bombay, soweit bis jetzt ermittelt, etwa 40 Deutsche. Außerhalb dieser Konsularbezirke befinden sich keine deutschen Gefangenen.

Eine Uebersicht über das Alter und den Familienstand der Reichsbewölkerung nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1901 wird in der ersten Beilage des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht. Demnach betrug die Zahl der über 90 Jahre alten Personen rund 10 000; die Zahl der ledigen Personen betrug 33 520 123, die der Verheirateten 19 292 879, die der Verwitweten 3 162 159 und die der Geschiedenen 92 017.

Das durchschnittliche Lebensalter der in der Zeit vom 1. April 1899 bis Ende März 1900 an den öffentlichen höheren Unterrichtsanstalten in Preußen erstmals angelegten Kandidaten des höheren Schulamtes betrug zur Zeit der Reifeprüfung 19 Jahre 7 Monate, zur Zeit der Ablegung der ersten Lehramtsprüfung 26 Jahre 3 Monate, zur Zeit der Ablegung derjenigen Lehramtsprüfung, auf Grund deren die wissenschaftliche Befähigung für feste Anstellung vorbehaltlos erworben ist, 26 Jahre 11 Monate, zur Zeit der Erlangung der Amtsqualifikation 28 Jahre 9 Monate, zur Zeit der ersten festen Anstellung 34 Jahre 2 Monate, für den Zeitpunkt, von welchem ab das Befoldungsdienstattele daziert, 33 Jahre 4 Monate. Gegen 1898/99 haben sich die Verhältnisse etwas gebessert, da hier das Lebensalter der Kandidaten zur Zeit der ersten festen Anstellung 34 Jahre 4 Monate betrug.

Ausland.

Rom. Am 7. Juli wird im Vatikan ein großes Ereignis stattfinden. In diesem Tage wird der Papst im Belvederegarten die Huldigung des römischen Volkes entgegennehmen. Man glaubt, daß mehr als 50 000 Personen an diesem Empfange teilnehmen werden. Alle religiösen Schulen, die gegen 20 000 Kinder zählen, werden vor dem Papste defilieren. Alle geistlichen Gesellschaften, alle religiösen Orden, alle kirchlichen Kollegien, die Aristokratie von Rom, die katholischen Mitglieder des römischen Gemeinderats u. z. werden an der Feier teilnehmen. Man sagt, daß der Papst eine große Rede über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums halten wird.

England. Die Genesung des Königs schreitet ununterbrochen fort. Nach Kaiserberichten dürften die Ärzte in wenigen Tagen imstande sein, den König als gänzlich außer Gefahr zu bezeichnen und die täglichen Krankheitsberichte auf einen einzigen zu beschränken. Nur noch ein Leibarzt bringe die Nacht im Palast zu. Der König erreiche rasch den Zeitpunkt, wo nichts anderes als sorgfältige Pflege zur Vollendung der Wiedergenesung erforderlich sei.

Im Unterhause beklagte Dilke inbezug auf das französisch-italienische Einvernehmen den Verlust der bisherigen guten Beziehungen zu Italien hinsichtlich der Erhaltung des status quo im Mittelmeere. Dieser Verlust sei einer der schwierigsten Fragen, womit England zu rechnen habe. Das neue Einvernehmen zwischen Frankreich und Italien stehe in direktem Widerspruch zu dem englisch-italienischen Einvernehmen, dessen Gegenstand die Erhaltung des status quo gewesen sei. Die Lage im Mittelmeere sei durch dieses Einvernehmen vollständig geändert, und England müsse sich infolgedessen auf eine Gefahr hinsichtlich Marokkos gefaßt machen. — Staatssekretär Lord Cranborne erwiderte: Es hat zwar von Zeit zu Zeit Angelegenheiten gegeben, die